

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Energiekrise meistern – Berliner Verbraucher und Wirtschaft unterstützen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zur Vorbereitung und in Abwendung des im kommenden Winter drohenden Versorgungsengpasses von Strom, Öl und Gas folgende Maßnahmen umzusetzen:

Unmittelbare Maßnahmen:

- Die Einrichtung eines Energierates, welcher monatlich tagen soll und zu dem Vertreter des Landes Brandenburg, der Energieversorger, Netzverteilungsunternehmen, Unternehmensverbände aller Branchen, Vertreter der Wohnungswirtschaft und Verbrauchervertreter (bspw. Verbraucherzentrale) sowie fachkundige Einrichtungen im Land Berlin eingeladen werden sollen. Ziel ist, ein genaues Lagebild der einzelnen Institutionen zu erhalten und gemeinsam Maßnahmen zur Abwendung einer Energieknappheit zu beraten.
- Die Stärkung der Berliner Verbraucherzentralen und Schuldnerberatungen, ggf. auch mit zusätzlichen Zuwendungen bspw. für aufsuchende Energieberatung in Einkaufszentren.
- Eine sofortige Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Hierbei soll der Senat konkrete Handlungsoptionen und Vorschläge vorlegen, die im Rahmen einer Verordnung noch im September 2022 durch den Senat beschlossen werden sollen. Dabei sind sämtliche Gesetze und Verordnungen (bspw. Bauordnung u.a.) zu prüfen und mögliche Vereinfachungen aufzuführen.
- Es soll ein intensiverer Dialog auf Augenhöhe mit Brandenburg zur Schaffung einer gemeinsamen Energieregion Berlin-Brandenburg geführt werden.

- Der Senat soll seinen Handlungsplan zum Energiesparen in landeseigenen Gebäuden überarbeiten und diesen um den landeseigenen Fuhrpark erweitern. Ebenfalls sollen die Energiesparpotentiale von Homeoffice in den Verwaltungen erörtert werden.
- Der Senat soll einen Runden Tisch mit der BVG und der Deutschen Bahn durchführen. Dabei sollen verschiedene Szenarien zu den Möglichkeiten der Energieeinsparung im ÖPNV entwickelt und erörtert werden.

Mittel- und langfristige Maßnahmen:

- Die Diskriminierung verschiedener Energieträger (Wasserkraft, E-Fuels und Bioenergie, Biomethan und Wasserstoff) soll beendet und die Intensivierung der Forschung im Bereich der klimaneutralen Zukunftstechnologien in Erzeugung, Verbrauch, Einsparung und Speicherung von Energie im urbanen Raum beschleunigt werden. Dabei soll das Prinzip eines technologieoffenen Wettbewerbs gelten.
- Vorlage eines konkreten Ausbauplans zum Ausbau der Infrastruktur zur Pufferung, Speicherung und zum Transport von Strom und stofflichen erneuerbaren Energien, optimiert im Hinblick auf Sektorenkopplung und Systemdienstleistungen.
- Start eines ambitionierten Programms zum Ausbau von PV-Anlagen auf landeseigenen Dachflächen. Hierbei soll der Ausbau großer Flächen Vorrang haben, wie zum Beispiel bei landeseigenen Verwaltungsgebäuden.
- Einführung eines Anreizprogramms, um gewerbliche Dachflächen mit PV auszustatten. Dabei gilt es, möglichst schnell große Flächen auszubauen.
- Die Flächenpotentiale von Autobahnen sollen genutzt und zumindest bei neuen Bauabschnitten die Überbauung mit PV-Anlagen zugelassen werden.
- Nutzungspotentiale der urbanen Geothermie, Flächen- und Tiefengeothermie sollen entschieden erkundet und Potentialgebiete ausgewiesen werden.
- Der Senat soll sich durch eine Bundesratsinitiative für einen befristeten Weiterbetrieb der sich noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke einsetzen.

Der Senat soll bis zum 1. Oktober 2022 dem Abgeordnetenhaus berichten.

Begründung:

Die Energieknappheit und die daraus resultierenden hohen Preise werden die Berliner spätestens im Winter hart treffen. Zur Vorbereitung und in Abwendung eines drohenden Versorgungsengpasses von Strom, Öl und Gas muss der Senat umgehend Maßnahmen ergreifen. Es ist dabei unabdingbar, dass sich der Senat eng mit den Akteuren der Energiewirtschaft und weiteren Interessenvertretern sowie mit dem Land Brandenburg abstimmt. Daher muss der Senat umgehend einen Energierat ins Leben rufen, der monatlich tagt und gemeinsam Maßnahmen zur Abwendung einer Energieknappheit berät.

Die bevorstehenden Preissteigerungen können nur zum Teil von staatlichen Interventionen abgedeckt werden. Alle sind daher aufgerufen, Energie zu sparen. Da es einen gestiegenen Bedarf an Beratung zum Energiesparen und zur Energiefinanzierung gibt, ist es nur folgerichtig, umgehend die Verbraucherschutzzentralen und die Schuldnerberatungen personell aufzustocken.

In der Vergangenheit war der Ausbau der erneuerbaren Energien vor allem ökologisch sinnvoll, aber ökonomisch teuer, weil er mit dem billigen Gas konkurrieren musste. Der gleichzeitige Ausstieg aus Kohle und Atomenergie machte das Gas attraktiv. Deutschland hatte bereits in der

Vergangenheit die höchsten Energiepreise in Europa. Durch den Ausstieg aus dem russischen Gas werden die Energieerzeugung und der Energieeinkauf für alle teurer, erneuerbare Energien werden allerdings konkurrenzfähiger. Die Energiekrise kann somit zum Katalysator für die Energiewende werden. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die Politik auch die Rahmenbedingungen dafür schafft. Im Senat besteht die Tendenz, private Dachflächenbesitzer in die Pflicht zu nehmen, während man sich selbst bei landeseigenen Gebäuden zurückhält. Es gilt jetzt, möglichst schnell große Flächen zu erschließen – auf Industriehallen, Verwaltungsgebäuden, Turnhallen, Schulen und dergleichen mehr. Dafür wird es notwendig sein, bisher notwendige Genehmigungsverfahren umfassend zu vereinfachen und zu beschleunigen. Ebenfalls wird ein Anreizprogramm gebraucht, damit die Maßnahmen zügig in Angriff genommen werden.

Jetzt ist die Zeit für pragmatische Maßnahmen und für eine ideologiefreie Politik. Alles, was Energie erzeugt oder Energie spart, ist willkommen. Es ist daher sinnvoll, die verbliebenen Atomkraftwerke für eine definierte kurze Zeit weiter zu nutzen und die Diskriminierung anderer Energieträger wie z.B. E-Fuels, Bioenergie, Biomethan oder Wasserstoff zu beenden.

Berlin, 31. August 2022

Wegner Gräff
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU